

1 **Antrag A 1**

2 **Antragsteller*in:** Landesvorstand

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 **Wem gehört die Stadt? – Das Öffentliche stärken**

5 **1. Eine alternative Politik ist möglich.**

6 Nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen und dem SPD-Mitgliederentscheid verbleibt
7 bundespolitisch nur die Option des groß-koalitionären „Weiter so“. Für eine Koalition links der Mitte,
8 für eine fortschrittlichere, sozialere Politik gab es anders als bei vergangenen Bundestagswahlen keine
9 Mehrheit mehr. Substanzielle Fortschritte zugunsten sozialer Verbesserungen wird es vor diesem
10 Hintergrund nicht geben. Das Mietrecht wird nicht zugunsten der Mieter*innen verschärft, der
11 Mindestlohn wird nicht auf ein Niveau gehoben, das Armut trotz Arbeit verhindert. Eine
12 Bürgerversicherung rückt in weite Ferne, dem sinkenden Rentenniveau wird kein wirksamer Riegel
13 vorgeschoben. Auch eine Vermögensbesteuerung steht nicht im Koalitionsvertrag. Der sozialen
14 Spaltung unserer Gesellschaft setzt die neue alte Bundesregierung absehbar nichts entgegen – im
15 Gegenteil, sie wird sich beschleunigen. Für viele Menschen, die unter dieser Entwicklung leiden und
16 Verbesserungen wollen, bedeuten weitere vier Jahre Große Koalition Hoffnungslosigkeit statt
17 Aufbruch. Darin sehen wir eine der Ursachen für das Erstarken der Rechten auch hierzulande.

18 Es bleibt die Aufgabe der sozialen Opposition im Bundestag, der LINKEN, die Versäumnisse deutlich zu
19 machen und Alternativen zur Politik des „Weiter so“ aufzuzeigen. Unsere Überzeugung stärkt uns: eine
20 gerechtere Welt ist möglich.

21 In Berlin zeigt DIE LINKE in diesem Kampf für eine bessere Welt, dass dieser mit konkreten hier und
22 heute machbaren Verbesserungen beginnt. Wir müssen beweisen, dass gesellschaftlicher Stillstand
23 und die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter den privaten Profit kein Automatismus sind. Wenn
24 unsere Arbeit in einer Koalition in Berlin, aber auch in anderen Bundesländern die Menschen
25 überzeugt, hält das auch politische Räume für andere Mehrheiten auf Bundesebene offen. Dann kann
26 das Hoffnung machen, dass es auch anders geht, wenn man denn will.

27 Das Berlin der Nachwendezeit, als Wohnungen leer standen, Fläche im Überfluss vorhanden und
28 Freiräume für Kultur allerorten entstanden waren, dieses Berlin ist Geschichte. Unsere Stadt macht
29 den Entwicklungsprozess in Richtung einer globalisierten Metropole in kürzester Zeit durch. Menschen
30 aus aller Welt suchen hier ein besseres Leben. Verteilungskonflikte insbesondere um Wohnraum und
31 Flächen verschärfen sich dramatisch, soziale Probleme wie etwa Obdachlosigkeit stellen sich in neuen
32 Dimensionen. Soziale Politik in Berlin heute ist Kampf – gegen Verdrängung aus dem Kiez – und zwar
33 in der Innenstadt genauso wie in den Außenbezirken, gegen die Macht von Immobilienspekulation, für
34 eine demokratische Stadtentwicklung und soziale Inklusion.

35 Die Frage unseres Wahlkampfes „Wem gehört die Stadt?“ leitet uns auch für die Zukunft. Berlin soll
36 nicht die Stadt des großen Geldes, der Immobilieninvestoren und der Reichen, sondern die Stadt aller
37 Menschen sein, die in ihr miteinander leben. Gemeinsam mit vielen Bürger*innen Berlins stärken wir
38 das Öffentliche, die Gemeinschaft und die Teilhabe für alle. Von der geteilten Stadt wuchs Berlin ins
39 Zentrum eines gemeinsamen Europas. Mauern und Zäune sind die Antworten der Vergangenheit.

40 Berliner*innen sind die Menschen, die hier leben: unabhängig von Pass, Hautfarbe oder Religion. Bei
41 unserem Kampf für bezahlbare Mieten, eine friedliche Welt, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit machen
42 wir keinen Unterschied zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Gegen Ausgrenzung setzen wir auf
43 Beteiligung und gleiche Rechte für alle. Die Mitte-Links-Parteien SPD, Grüne und DIE LINKE verfügen
44 in Berlin zusammen über eine stabile Mehrheit bei Wahlen und in Umfragen. Wir machen Politik für die
45 Mehrheit der Berliner*innen und sind stolz auf das bisherige Umsteuern in der Stadtpolitik:

46 Es gilt für alle drei Koalitionspartner gleichermaßen: die Politik des Senats ist immer auch ein
47 Ausdruck der aktuellen Kräfteverhältnisse in der Stadt, im politischen Raum und innerhalb der
48 Koalition. In keinem Konflikt wird sich einer der Partner hundertprozentig durchsetzen. Die Schritte,
49 die alle aufeinander zu machen müssen, sind von mal zu mal unterschiedlich groß. Wir meinen aber,
50 dass es dem Ansehen von Politik allgemein und zur Förderung politischer Debatten dienlich ist, diese
51 Zugeständnisse sowie auch die Eigenständigkeit der Parteien kenntlich zu machen.

52 **2. Projekte für die weitere Rückgewinnung der Stadt**

53 Wir sind stolz auf die deutliche soziale und ökologische Ausrichtung des gültigen Koalitionsvertrages
54 und wir wollen gemeinsam mit SPD und Grünen seine Umsetzung weiter engagiert fortsetzen. Darüber
55 hinaus werden wir als DIE LINKE auch an der Weiterentwicklung unserer Vorschläge für Berlin
56 arbeiten. Mittelpunkt ist für uns dabei die Stärkung des öffentlichen Einflusses auf die wichtigsten
57 Lebensbereiche der Berliner*innen. Dazu zählen für uns die Bereiche Wohnen, soziale Infrastruktur,
58 Verkehr, Gesundheit, Energieversorgung und Bildung – alles Bereiche, in denen nicht der Profit für
59 wenige sondern die ausreichende Qualität für alle regieren darf.

60 *Öffentlichen Wohnungsbestand ausweiten und Räume für das Zusammenleben ausbauen*

61 In Berlin gibt es rund 1,9 Millionen Wohnungen, davon etwa 300.000 in Besitz der städtischen
62 Wohnungsbaugesellschaften. Wenngleich diese ein wichtiges Instrument sind, mit dem das Land
63 Berlin Einfluss auf die Mietenentwicklung nehmen kann, können davon nur ein Teil der Mieter*innen in
64 Berlin direkt profitieren. Für uns ist daher das langfristige Ziel, den Bestand an Wohnungen, die nicht
65 dem privaten Profit einzelner dienen, deutlich auszudehnen. Dies sind neben Wohnungen der
66 öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auch Genossenschaften und andere Formen des gemeinsam
67 errichteten und genutzten Wohnraums. Zur Vergrößerung dieses nicht profitorientierten
68 Wohnungsbestands führt nur ein Mix aus Neubau, Ankauf/Vorkauf, intelligente Nachverdichtung unter
69 Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung sowie gemeinnütziger Förderpolitik. Die zukünftigen
70 Instrumente städtischer Wohnungspolitik müssen daraufhin überprüft werden. Die Verwendung
71 öffentlicher Gelder zur Subventionierung privaten Gewinns ist kein Modell für die Zukunft.

72 Boden und Flächen sind in der wachsenden und sich schnell verdichtenden Stadt zum knappsten Gut
73 geworden. Nachdem dieses Gut jahrzehntelang zum Stopfen von Haushaltslöchern gedient hat,
74 steuern wir nun um. Die Privatisierung öffentlicher Flächen und Liegenschaften in Berlin wollen wir
75 vollständig beenden. Im Gegenteil: wo es sinnvoll ist, wollen wir Flächen ankaufen. Die öffentlichen
76 Flächen stellen wir in den Dienst einer sozialen Infrastrukturentwicklung.

77 KiTas, Schulen, Sozial- und Bildungsträger, Beratungsstellen und Treffpunkte, Kultureinrichtungen,
78 Verwaltungen und Gewerbe in der wachsenden Stadt brauchen Platz. Wenn Stadtquartiere entwickelt
79 und neue Wohnungen gebaut werden, sind Räume und Flächen für die soziale, kulturelle und

80 gewerbliche Infrastruktur immer mitzuplanen. Nur so kann gesellschaftlicher Zusammenhalt und
81 Gemeinschaft entstehen und wirksam werden.

82 *Enteignungen gegen Spekulation und Leerstand auch für die Schaffung von Wohnraum und sozialer*
83 *Infrastruktur nutzen – Vorkaufsrecht konsequent wahrnehmen*

84 Im Zeitraum zwischen 2012 und dem ersten Quartal 2017 sind im Land Berlin 100 Anträge auf
85 Enteignungen eingegangen. 70 Anträge wurden durch Personen des öffentlichen Rechts gestellt. Viele
86 dieser Anträge wurden z.B. zur Schaffung von Verkehrsinfrastruktur, insbesondere Bahn und
87 Fernstraßen gestellt. DIE LINKE möchte zukünftig in besonderen Fällen (z.B. bei langjährig nicht
88 genutztem Baurecht für Wohnungsbau oder bei leerstehenden Häusern) das Instrument der
89 Enteignung auch zur Rückgewinnung für Flächen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und
90 sozialer Infrastruktur wie z.B. Kita- und Schulplätze nutzen.

91 Wir setzen uns dafür ein, Milieuschutzgebiete in allen Bereichen der Stadt auszuweiten und auf diese
92 Weise Instrumente gegen Luxussanierung und Umwandlung in Eigentum in die Hände der Bezirke zu
93 bringen. Wir wollen, dass Land und Bezirke die Möglichkeit des Vorkaufsrechts konsequent zugunsten
94 von Mieter*innen anwenden.

95 *Für gesunde Krankenhäuser*

96 Besonders die Gering- und Mittelverdiener in unserer Stadt sind auf eine gute öffentliche
97 Gesundheitsversorgung angewiesen. Es ist eine öffentliche Aufgabe, die Gesundheit jedes einzelnen
98 zu schützen – unabhängig von seinem Geldbeutel. Nicht erst das Volksbegehren für gesunde
99 Krankenhäuser macht auf viele Missstände in der Ausstattung der Krankenhäuser aufmerksam. Die
100 Personalzumessung in der Pflege, aber auch die Ausstattung in den unterstützenden Bereichen wie
101 der Reinigung oder der Krankenhaushygiene, muss verbessert werden. Gemeinsam mit den
102 Gewerkschaften und den Initiatoren des Volksbegehrens, aber auch mit den öffentlichen
103 Krankenhausträgern des Landes Berlin werden wir Wege zur einer bedarfsgerechten
104 Investitionsplanung, zur Personalbemessung für die Pflege, aber auch für die Entwicklung von Tarifen
105 und Arbeitsbedingungen in unterstützenden Bereichen wie etwa der Reinigung oder Physiotherapie
106 entwickeln. Auch die Arbeitsbedingungen für Hebammen müssen verbessert und die
107 Ausbildungskapazitäten weiter erhöht werden.

108 *Mobilität für alle*

109 Ein funktionierender ÖPNV ist unabdingbar für den sozialen Frieden in der Stadt. Die Teilhabe am
110 gesellschaftlichen Leben hängt auch davon ab, ob Menschen sich in der weitläufigen Stadt Berlin frei
111 bewegen können. Der Weg zum Theater, der Besuch bei Freund*innen in den Randbezirken oder das
112 Pendeln zum Arbeitsplatz fallen umso leichter, je zugänglicher und leistungsfähiger der öffentliche
113 Personennahverkehr mit Bus und Bahn ist. Auch für die Umwelt und die Gesundheit der
114 Berliner*innen ist die Orientierung auf den ÖPNV unabdingbar.

115 In unserer Stadt der Zukunft ist der öffentliche Personennahverkehr eine Infrastruktur, die
116 selbstverständlich für alle zur Verfügung steht und in die man unabhängig vom Geldbeutel und ohne
117 Fahrschein ein- und aussteigen kann, wie man möchte. Das schließt barrierefreie Verkehrsmittel wie

118 Inklusionstaxen und den Sonderfahrdienst für Menschen ein, die aufgrund ihrer Behinderungen Busse
119 und Bahnen nicht oder nur eingeschränkt nutzen können.

120 Lärm, Dreck und Stau müssen aus der Stadt verbannt werden und der so genannte Umweltverbund
121 von Radverkehr, Fußverkehr und ÖPNV Vorrang haben. Voraussetzung dafür ist ein überzeugendes
122 Angebot von Bussen und Bahnen in der ganzen Stadt mit geringen Wartezeiten, schnellen
123 Verbindungen,-barrierefrei und so kostengünstig wie möglich. Alle verkehrspolitischen
124 Entscheidungen müssen sich an diesen Kriterien messen lassen.

125 Mobilität gehört auch für Kinder und Jugendliche zur Daseinsvorsorge. Die Fahrscheinfreiheit für diese
126 Gruppe wäre auch ein wichtiger Beitrag gegen Kinderarmut. Zugleich trägt diese zur Erhöhung der
127 Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel bei, Bürokratie etwa bei Schulausflügen kann verringert
128 werden. Die Bundesregierung hat den fahrscheinlosen ÖPNV als möglichen Anreiz zum Umstieg ins
129 Gespräch gebracht. Wir schlagen vor, die Ausweitung der Fahrscheinfreiheit für alle Kinder und
130 Jugendliche von aktuell 6 auf zukünftig 16 Jahre anzugehen und damit erste Schritte in die richtige
131 Richtung zu gehen. Bereits ab dem nächsten Schuljahr werden alle Schüler*innen kostenlos fahren,
132 die Anspruch auf Sozialleistungen haben.

133 Schon in naher Zukunft steht die Frage, wie der S-Bahnverkehr organisiert wird. Wir LINKE setzen uns
134 dafür ein, dass das Land Berlin einen eigenen Wagenpark aufbaut, um Schnittstellen zu verringern,
135 Kontrolle über die Arbeitsbedingungen in der Wartung und die Steuerungsfähigkeit des S-Bahn-
136 Betriebs zu erhalten, kurz: um den Bahnverkehr öffentlich und ohne Profitdruck zu entwickeln.

137 *Energienetze zurück zur Stadt*

138 Die LINKE BERLIN setzt sich für die Rekommunalisierung der Energienetze (Strom, Gas und
139 Fernwärme) ein. Ziel ist eine Neuausrichtung der Netze an den Interessen der Energiewende, die
140 Schaffung eines kombinierten Netzbetriebes sowie die Nutzung von Potentialen zur Senkung der
141 Netzentgelte und zur Bekämpfung von Energiearmut in unserer Stadt.

142 *Sozial- und Erzieherberufe stärken*

143 Der Mangel an Fachkräften in KiTas und Jugendämtern (besonders in regionalen sozialpädagogischen
144 Diensten), dort wo die Verantwortung für den Kinderschutz und die erzieherischen Hilfen für die
145 Familien liegt, schadet der Zukunftsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wir setzen uns dafür
146 ein, dass Berlin die Initiative ergreift und sich in den bevorstehenden Verhandlungen zum Tarifvertrag
147 der Länder für eine Aufwertung und eine grundsätzlich bessere Bezahlung der Fachkräfte in diesem
148 Bereich einzusetzen und ab sofort alle Möglichkeiten des TV-L, etwa Zulagen und Höherstufungen,
149 regelhaft zu nutzen. Zudem wollen wir Erziehungsberufe durch weitere Möglichkeiten akademischer
150 Bildung aufwerten.

151 *Öffentliche Angebote der Hilfen zur Erziehung wieder einführen*

152 Im Bereich der erzieherischen Hilfen für Kinder und Jugendliche gibt es im Land Berlin kein
153 kommunales Angebot mehr. Die Angebote werden grundsätzlich und ausschließlich von freien Trägern
154 erbracht und vom Land über Kostensätze finanziert. Die Zusammenarbeit mit den Trägern ist
155 partnerschaftlich. Doch nur bedingt kann der Senat auf die Angebote im Einzelnen, ihre Ausgestaltung

156 und Zahl, Qualität sowie die Höhe der Kosten Einfluss nehmen. Ihm fehlen die Erfahrungen aus
157 eigener Leistungserbringung. DIE LINKE Berlin setzt sich dafür ein, gemeinsam mit den Bezirken auf
158 die Entwicklung und Bereitstellung von kommunalen Angeboten im Bereich der Hilfen zur Erziehung
159 hinzuwirken. Diese sollen die Angebote freier Träger ergänzen.

160 *Für Sicherheit, gegen Angsträume in der Stadt – damit sich alle in ihrer Stadt frei bewegen können*

161 Uns ist bewusst, dass objektive Sicherheit, aber auch das individuelle Sicherheitsgefühl in einer
162 schnell wachsenden Metropole eine hohe Bedeutung haben. Zur Rückgewinnung des Öffentlichen
163 gehört auch, sogenannte Angsträume durch städtebaulichen Maßnahmen, durch integrierte
164 Sicherheitskonzepte abzubauen und damit eine bessere Nutzung zu ermöglichen. Dazu soll ein
165 Landesprogramm zur stadtentwicklungspolitischen Kriminalprävention zur Unterstützung der
166 entsprechenden Maßnahmen in den Bezirken aufgelegt werden. Die Maßnahmen sollen gemeinsam
167 mit den zuständigen Stellen bei der Polizei, Anwohner*innen, Architekten und den Bezirksämtern
168 geplant werden.

169 Zugleich setzen wir uns dafür ein, an Orten mit erhöhter Kriminalität, die polizeiliche und
170 sozialarbeiterische Präsenz zu erhöhen. Kriminalität hat immer Ursachen, die an verschiedenen Orten
171 und in verschiedenen sozialen Gruppen erkundet werden müssen, um an die Wurzel der Probleme zu
172 kommen. Orte wie das Kottbusser Tor zeigen, dass dies möglich und der bloßen Ausstattung mit
173 Sicherheitstechnologie wie etwa Kameraüberwachung vorzuziehen ist. Besonders die von
174 Konservativen geforderten vernetzten Technologien von Gesichts- und Verhaltenserkennung sowie
175 Abhörmaßnahmen im öffentlichen Raum lehnen wir als unverhältnismäßigen Eingriff in
176 Persönlichkeitsrechte ab.

177 *Investitionen ausbauen – Steuergerechtigkeit durchsetzen*

178 Berlin hat 2017 enorme Haushaltsüberschüsse erzielt: zum Teil waren diese durch strukturelle
179 Mehreinnahme bedingt, zum Teil durch einmalige Effekte oder Minderausgaben. Die Abarbeitung des
180 immensen Sanierungs- und Investitionsrückstandes hat für uns weiter Vorrang vor der
181 Schuldentilgung. Wir wollen eine funktionierende Stadt auch für die künftigen Generationen – eine mit
182 genug Kita- und Schulplätzen, eine mit gut ausgestatteten Krankenhäusern und einem pünktlichen
183 und komfortablen Nahverkehr. Berlin hat Aufholbedarf.

184 Mit der Entwicklung Berlins als Metropole hat sich die soziale Spaltung verstärkt – mehr Armut steht
185 auch ein ungeheurer privater Reichtum gegenüber. DIE LINKE setzt sich dabei für Steuerehrlichkeit
186 und Steuergerechtigkeit ein: bereits 2017 haben sich die Außenprüfungen bei den wohlhabendsten
187 Berliner*innen versechsfacht. Diesen Weg zu mehr Einnahmen für die Stadt wollen wir ausweiten.

188 *Auf dem Weg zur Open City*

189 In Zusammenarbeit von digitalisierter Verwaltung, öffentlichen Unternehmen, Kooperativen und
190 Startups können völlig neue Potenziale einer digitalen Stadt für das Gemeinwohl, für Teilhabe und
191 Lebensqualität aller gehoben werden. Neue Angebote von Sharing, von Transparenz, von Partizipation
192 und Innovation sind etwa nach Vorbildern wie Barcelona oder anderen Vorbildern denkbar. Mit
193 innovativen, datenbasierten Angeboten etwa im ÖPNV sollen die Strukturen der öffentlichen und
194 demokratischen Stadt gestärkt und der privaten Monopolisierung von digitalen Diensten

195 entgegengewirkt werden. DIE LINKE wird die Zusammenarbeit dieser öffentlichen Akteure
196 unterstützen und die Schaffung einer OpenData-Verordnung für Berlin vorantreiben. Wir wollen, dass
197 steuerfinanzierte Daten grundsätzlich offene Daten sind.

198 In einer Stadt, die von allgegenwärtiger Datenproduktion und -verarbeitung geprägt ist, wird sich auch
199 der Datenschutz weiterentwickeln müssen. Fokus dabei kann es aber nicht sein, jedes erdenkbare
200 datenbasierte Geschäftsmodell zu ermöglichen. Vorrangig muss es darum gehen, in der Kette von
201 Datenerfassung, -weitergabe, -verarbeitung und -nutzung die Punkte zu identifizieren, an denen der
202 Schutz des Persönlichkeitsrechts - also der Kern des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung -
203 am wirksamsten gewährleistet werden kann. Wir stellen uns Smart-City-Strategien entgegen, die
204 urbane Technologien und deren Daten exklusiv Privaten überlassen wollen.

205 Öffentliche und kostenlose WLAN-Angebote wollen wir besonders in den wirtschaftlich weniger
206 starken Regionen der Stadt ausbauen, Freifunk durch die Möglichkeit der Gemeinnützigkeit solcher
207 Initiativen unterstützen. Zu prüfen ist, ob im Rahmen einer kommunalen Netzgesellschaft mittelfristig
208 auch schnelles Internet flächendeckend öffentlich angeboten werden kann.

209 *Privatisierungsbremse durch Volksentscheide*

210 Die Sicherung des Öffentlichen darf nicht von wechselnden politischen Mehrheiten abhängen. Die
211 Berliner*innen haben in der Vergangenheit erfahren, dass vor allem die Privatisierungsstrategie der
212 Großen Koalition in den 90er Jahren, als zentrale Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie
213 GASAG, BEWAG, Wasserbetriebe verkauft wurden, dem Berliner Gemeinwesen schaden. Die
214 Wasserbetriebe mussten für teures Geld zurück gekauft werden, um die Rekommunalisierung der
215 Netze ringen wir, das Stadtwerk soll als handlungsfähiger öffentlicher Stromversorger Vattenfall die
216 Stirn bieten.

217 Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern eine Privatisierungsbremse in der
218 Berliner Verfassung. Das bedeutet, dass ein Verkauf von Unternehmen des Landes, von Teilen dieser
219 Unternehmen oder von Unternehmen mit überwiegender Landesbeteiligung, die Verkehrsleistungen
220 oder Ver- und Entsorgungsleistungen für die Allgemeinheit erbringen oder wesentliche Beiträge zur
221 wirtschaftlichen, verkehrlichen, sozialen, kulturellen, Bildungs- oder Mietwohnungsinfrastruktur Berlins
222 leisten, nur stattfinden kann, wenn die Berliner Bevölkerung dem in einem Volksentscheid zugestimmt
223 hat.

224 Das setzt eine Verfassungsänderung voraus, für die wir im Abgeordnetenhaus streiten. Bei unseren
225 Partner*innen in der Stadtgesellschaft werben wir für Unterstützung. Gibt es keine parlamentarische
226 Mehrheit für die Verfassungsänderung eruieren wir die Möglichkeiten, ein Volksbegehren für eine
227 Privatisierungsbremse einzuleiten.

228 *Der Öffentliche Dienst als Rückgrat einer funktionierenden Stadt*

229 Die Berliner*innen haben einen Anspruch auf einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst als Rückgrat
230 zur Organisation eines funktionierenden Gemeinwesens. Insbesondere in den sogen. „Mangelberufen“
231 (z.B. Ingenieurwesen, medizinische Bereiche, Sozialarbeit, IT) müssen die landesweiten Konzepte zur
232 Personalgewinnung zielgruppenspezifisch weiterentwickelt werden. Die zentralen Herausforderungen
233 (Digitalisierung, Organisation des Wissenstransfers) brauchen nicht nur „Empfehlungen“ und

234 „Leitlinien“, sondern praktische Instrumente und Maßnahmen, die abgestimmt ineinander greifen.
235 Stellenbesetzungsverfahren müssen beschleunigt, wo möglich zentral gesteuert und überwacht
236 werden. Die Bewertung der Dienstposten wollen wir in einem einheitlichen Rahmen ordnen.

237 Wir werden – nach der erfolgten Angleichung der Vergütung der Tarifbeschäftigten an die Regelungen
238 des TVL – den Pfad der Anpassung der Besoldung an den Durchschnitt der anderen Bundesländer bis
239 zum Ende dieser Wahlperiode konsequent fortsetzen. Leistungsprämien, Leistungsstufen und
240 vorgezogene Stufenaufstieg sind flächendeckend zu nutzen. Die Attraktivität des Öffentlichen
241 Dienstes muss sich auch im Zustand der Dienstgebäude, in einer entsprechenden Ausstattung der
242 Arbeitsplätze, in einem funktionierenden Gesundheitsmanagement und in einem gezielten Ausbau der
243 Aus- und Fortbildung widerspiegeln.

244 *Kulturstadt Berlin öffnen*

245 Unsere landeseigenen Theater und Opernhäuser, Museen und Bibliotheken sind für alle Berliner*innen
246 da. Die Zugänglichkeit der Berliner Kulturorte und -produktionen für alle bleibt für uns vorrangig und
247 wird durch intelligente Eintrittspreispolitik und gezielte Subventionen erhalten und verbessert. Für die
248 landeseigenen Museen wollen wir Zeiten des kostenfreien Eintritts schaffen. Aber auch die Produktion
249 von Kultur muss mehr Menschen offen stehen. Durch die Schaffung von Ateliers und Arbeitsräumen
250 für Künstler*innen sichern wir Freiräume für Kunst und Kultur in der Stadt. Wichtige Räume für die
251 Kunstproduktion und -präsentation werden wir auch durch Ankäufe langfristig erhalten und der
252 Immobilienspekulation entziehen.